

Beschluss des Landtages Brandenburg

Volksinitiative nach Artikel 76 der Verfassung des Landes Brandenburg „Volksinitiative Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 46. Sitzung am 18. Mai 2017 zum TOP 4 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Die Volksinitiative wird abgelehnt.
2. Der Landtag stellt in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Inneres und Kommunales zugleich fest:
 - a) Der Landtag kann die mit Punkt I der Volksinitiative verbundene Zielrichtung inhaltlich nachvollziehen. Dennoch kann er den Leitbildbeschluss vom 13. Juli 2016 im rechtlichen Sinne nicht aufheben. Das Leitbild beinhaltet abstrakt formulierte Kriterien und Maßstäbe und trifft keine konkreten Festlegungen für die Neugliederung der kommunalen Gebietskörperschaften. Der Landtag sichert zu, dass auf Grundlage der bereits eingegangenen Stellungnahmen und der noch folgenden parlamentarischen Anhörung zur Kreisneugliederung sowie möglicher neuer Bevölkerungsprognosen eine umfassende Abwägung dieser Kriterien und Maßstäbe für jeden Einzelfall erfolgen wird. Insofern folgt der Landtag dem inhaltlichen Anliegen des Punktes I der Volksinitiative.
 - b) Der Punkt II der Volksinitiative fordert jeglichen Verzicht auf eine pflichtige Gebietsänderung. Der Landtag sieht aber weiterhin einen Reformbedarf bei den Verwaltungsstrukturen des Landes. Dieser Reformbedarf ergibt sich aus dem demografischen Wandel, den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen, den geänderten Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und aus dem zunehmenden Fachkräftemangel. Um auf diesen Reformbedarf angemessen reagieren zu können, kann eine pflichtige Gebietsänderung ein notwendiges und geeignetes Mittel sein. Daher lehnt der Landtag Punkt II der Volksinitiative aus inhaltlichen Gründen ab.

- c) Der Punkt III der Volksinitiative fordert ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit, einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe, ein. Der Landtag sieht die Verbesserung der Möglichkeiten für die interkommunale Zusammenarbeit als eine stetige und fortwährende Aufgabe an. Daher stimmt der Landtag dem Punkt III der Volksinitiative zu.“

Britta Stark
Die Präsidentin